

AG Mobilität, September 2020

Umgehungsstraßen umgehen das Problem

„Die derzeitige Mobilität schädigt die Umwelt. Immer mehr Autos, Flugzeuge und Schiffe heizen das Klima auf, verbrauchen Rohstoffe, verschmutzen die Natur und nehmen Platz in Anspruch. Nachhaltige Verkehrspolitik muss diesen Trend umdrehen.“

In Deutschland liegt der Anteil des Verkehrs bei fast 20 Prozent der Emissionen. Rund 95 Prozent davon verursachen Pkw und Lkw. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Verkehrsemissionen bis zum Jahr 2030 um 40 bis 42 Prozent im Vergleich mit 1990 zu senken. Doch anders als in allen anderen Sektoren sind die jährlichen CO₂-Emissionen nicht gesunken. Pkw und Lkw sind effizienter geworden, doch der zunehmende Straßenverkehr sowie schwerere und leistungsstärkere Autos fressen die Effizienzgewinne auf¹.

Auch im Kreis Ahrweiler ist die Lage nicht anders. Obwohl man sich in der Politik darauf verpflichtet hat, die Energiewende weiter voranzutreiben und den Bereich der Mobilität dabei genauso ins Auge zu fassen, wie den Strom- und Wärmesektor, werden die Belastungen für Mensch und Umwelt durch den Verkehr immer größer.

Insofern muss man die Frage stellen, ob Konzepte für bessere Bus- und Bahnverbindungen, Ausbau der Radwege-Infrastruktur und Überlegungen zu umweltfreundlicheren Antriebssystemen überhaupt einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz leisten können, wenn gleichzeitig dem Druck des zunehmenden Pkw und Lkw Verkehrs durch Aus- und Neubau von Straßen nachgegeben wird.

Wurde die Autobahn A 61 vor 50 Jahren noch mit der Vorstellung gebaut, die Ortschaften vom Verkehr zu entlasten, werden heute rund um diese Autobahn Umgehungen gebaut, um den in den zahlreichen Staus steckengebliebenen Fahrzeugen ein Entkommen zu ermöglichen sowie für die Ortschaften, die an den Zubringerstraßen liegen, die Lärmbelastung erträglicher zu machen.

Dadurch ergeben sich allerdings oft neu hinzukommende Belastungen in anderen Orten oder es werden bisher geschonte Bereiche in der Natur zerstört.

Selbst wenn durch emissionsärmere Antriebe die Schadstoffbelastungen zurückgehen würden, wird ein zunehmender Straßenverkehr weiterhin alleine durch den benötigten Raum und den immensen Energiebedarf die Menschen und die Umwelt enorm belasten.

Die Konsequenz aus den o. g. Gründen sollte daher für eine GRÜNE, nachhaltige Politik sein, diesem „Druck der Straße“ nicht nachzugeben, sondern auf allen Ebenen dafür zu kämpfen, den Verkehr in andere Bahnen zu lenken.

Es ist ja leider so, dass durch die insgesamt jahrzehntelange verfehlte Verkehrspolitik unser Leben, Arbeiten und Wirtschaften nicht von heute auf morgen auf umweltfreundlich umzustellen ist. Aber, ein „weiter so“ darf es nicht geben.

Daraus folgt, dass ein Neu- und Ausbau weiterer Umgehungsprojekte, grundsätzlich nicht befürwortet werden kann, wobei Maßnahmen im Einzelfall unter den oben genannten Aspekten überprüft und bewertet werden sollten.

¹ Aus: Mobilitätsatlas 2019, Heinrich-Böll-Stiftung/VCD